

Der Bund will weniger zahlen

Weil Aggloprojekte auch Kantonen zugute kommen, sollen diese auch Teilfinanzierung sicherstellen

Mit dem Agglofonds will «Bern» nur noch subventionieren, was auch tatsächlich dem Regionalverkehr nützt. Die Gelder würden sich teilweise halbieren – zum Unwillen der Kantone.

VON DANIEL BALLMER

Der Baselbieter ÖV-Beauftragte Markus Meisinger macht keinen Hehl daraus, dass er vom Vorschlag des Bundes nicht begeistert ist. Denn: Dieser will an Projekte aus dem Agglomerationsprogramm plötzlich deutlich weniger zahlen, als bisher angekündigt. Kurz vor Weihnachten hatte der Bundesrat die Weichen gestellt für die künftige Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur und konkrete Vorschläge in die Vernehmlassung gegeben. Mit

1,5 Milliarden Franken will der Bund 2011 bis 2014 zahlreiche bestehende Verkehrsprojekte in den Agglomerationen mitfinanzieren. Damit stellt er für Projekte mit der Priorität A die bisher zugesicherten Mittel von bis zu 40 Prozent an den Gesamtkosten ein.

SO WEIT SO GUT. Doch anders sieht es bei den Projekten mit Priorität B aus, deren Realisierung für die Jahre 2015 bis 2018 vorgesehen ist. Hier schlägt das Bundesamt für Raumplanung (ARE) den Kantonen vor, die Bundessubventionen für den vorgesehenen Ausbau der Regio-S-Bahn nur noch an die Hälfte der anfallenden Kosten zu zahlen. Statt wie bisher zugesichert bis zu 40 Prozent will der Bund also nur noch rund 20 Prozent zahlen. Meisinger: «Das wäre nur noch halb so viel wie an genom-

men.» Betroffen wären in der Region Projekte wie die Entflechtung Muttenz-Basel, die Überwerfung Pratteln sowie der Doppelspur-Ausbau der SBB-Juralinie.

Tatsächlich: Georg Tobler bestätigt die Angaben der kantonalen Behörden. «Das Agglomerationsprogramm ist explizit für den Regionalverkehr vorgesehen», erklärt der Leiter Agglomerationspolitik beim ARE. Und weil die Bahnprojekte auch dem Güter- und Fernverkehr zu-

«Schliesslich müssen auch die Kantone ein Interesse daran haben, Lösungen zu finden.»

GEORG TOBLER, BUNDESAMT FÜR RAUMPLANUNG

gute kommen, sollen die Subventionen aus dem Agglomerationsprogramm nicht an die Gesamtsumme fliessen. «Wir müssen mit den knappen Mitteln hausälterisch umgehen», sagt Tobler. «Der Agglomerationsfonds ist nicht geschaffen als Überlauf für die gesamtschweizerische Bahninfrastruktur ZEB.»

UND DAS IST NOCH NICHT ALLES. Denn der Bund sieht vor, dass sich auch die Kantone darum kümmern, wie bei betroffenen Projekten die Finanzierung der anderen Hälfte der Kosten sicherzustellen ist. «Schliesslich müssen auch die Kantone ein Interesse daran haben, Lösungen zu finden», argumentiert Tobler. Noch sei nicht klar, wie die nötigen Beträge zusammengetragen werden sollen. «Bis 2015 ist ja aber noch etwas Zeit.» Und: «Die Kantone müssen nicht so schlecht fahren, wie es auf den ersten Blick erscheint.»

Die Kantone hoffen denn auch weiter. «Wir gehen davon aus, dass der Bund die andere Hälfte der Kosten übernimmt»,

sagt Maria Lezzi vom Basler Hochbau- und Planungsamt. «Es kann ja nicht sein, dass wir uns auch um den Part Fern- und Güterverkehr kümmern müssen.»

«Es kann ja nicht sein, dass sich die Kantone auch um den Fern- und Güterverkehr kümmern müssen.»

MARIA LEZZI, HOCHBAU- UND PLANUNGSAMT BS

So würde der Bund letztlich 70 Prozent zahlen. Doch dies reicht den Kantonen nicht. Lezzi: «Wir haben dem Bund die Projekte als von nationaler Bedeutung angegeben, um zu signalisieren, dass er alles zahlen muss.» Schliesslich waren einige Projekte bereits im Bahn-2000-Gesetz enthalten. «Der Bund hätte sie eigentlich längst finanzieren und realisieren müssen», betont Markus Meisinger.

Dass die Nordwestschweizer Kantone

erste Planungen für einen 540-Millionen-Ausbau der Regio-S-Bahn zusammen mit den SBB nun selber berappen, wollen sie nicht als Präjudiz verstanden wissen. «Denn mit dem Vorschlag des Bundes sind wir nicht einverstanden», stellt Lezzi klar. – «Die Kritik der Kantone ist nachvollziehbar», sagt Georg Tobler vom ARE. «Der politische Prozess hat ja aber auch erst begonnen.» Die vier Kantone werden sich nun zuerst untereinander absprechen, um als Gesamtagglomeration auf den Vorschlag des Bundes zu reagieren. Meisinger: «Das Aggloprogramm hat noch einen weiten Weg vor sich, bis es vom Bundesparlament genehmigt wird.»

Insgesamt 6 Milliarden Franken für Schweizer Städte

Zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in den Ballungsräumen sollen 26 Städte und Agglomerationen von **2011 bis 2014** insgesamt **1,5 Milliarden** Franken vom Bund erhalten. Diese erste Tranche schlägt der Bundesrat in seinem Vernehmlassungsentwurf zum Agglomerations-

programm vor. Damit übernimmt der Bund **30 bis 40 Prozent** der Kosten zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in den Ballungsräumen. Die Vernehmlassungsfrist dauert bis Mitte April.

Insgesamt stehen für das Agglomerationsprogramm während 20 Jahren **6 Milliarden** Franken zur Verfügung. Bereits freigegeben hat das Parlament 2,6 Milli-

arden Franken für 23 dringende und baureife Projekte. Die erste Tranche des Rests – die 1,5 Milliarden – soll das Parlament bis Ende 2009 freigeben. Die zweite Tranche von weiteren 1,16 Milliarden steht 2015 bis 2018 bereit. Die Landesregierung legt dem Parlament dafür eine weitere Botschaft vor. Als Reserve sind 780 Millionen Franken vorgesehen, welche ab 2015 für noch nicht berücksichtigte Agglomerationen zur Verfügung stehen. (BZ)